

Freiburg, 02.03.2015

*Boris Palmer, der Tübinger Oberbürgermeister, will das Sonntagsverkaufsverbot weiter lockern. Dazu äußert sich die der Vorstand der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) der Erzdiözese Freiburg wie in der Presseerklärung folgt:*

### **Sonntagsflatrate - die KAB widerspricht!**

Die KAB sieht im Plädoyer des Tübinger Oberbürgermeisters für die Genehmigung von bis zu 30 verkaufsoffenen Sonntagen in der „ZEIT“ einen weiteren Schritt zur Liberalisierung und Aushebelung des verfassungsrechtlich verankerten Verbots von Sonntagsarbeit. Hier wird populistisch die „Sonntagsflatrate“ eingeführt, so Dr. Patrik Schneider, der Geistliche Leiter der KAB auf Diözesanebene.

Neben den klassischen Argumenten, dass es z.B. zu einer Mehrbelastung von Arbeitnehmern kommt, dass Minijobs weiter zunehmen, dass der Sonntag eine Jahrtausende lange Tradition als Erfolgsmodell aufweisen kann und die Aufhebung zu einem Kulturverlust führen wird, führt die KAB folgendes Argument gegen die Sonntagsflatrate an: Sie bezweifelt nämlich, ob der schwäbische Einzelhändler vor Ort tatsächlich so eine Sonntagsflatrate will. Nicht nur der schwäbische, auch der badische, hessische und niedersächsische, alle Händler in Deutschland wollen das nicht, so Schneider. Denn die Erfahrung aus Jahrzehnten lehrt, dass nur die großen Handelsketten und Discounter auf den grünen Wiesen die Gewinner sind, die von solchen Sonntagsevents profitieren. Sie können besser mit dem Personal jonglieren. Für die Einzelhändler geht das nicht, ihre Personaldecke ist dafür viel zu klein. „Für sie bedeutet der offene Sonntag rund ums Jahr zusätzliche Personalkosten, denn sie müssen ja, um präsent zu bleiben, selbst mehr Menschen einstellen“, so die KAB-Diözesanvorsitzende Maria Baur. Damit ist der scheinbare verheißene Zugewinn des Sonntagsverkaufs schnell wieder aufgebraucht.

Und jetzt wird's richtig spannend. Denn mit dieser Sonntagsflatrate beginnt eine weitere Wechselwirkung. Der zusätzliche Sonntagsverkauf erhöht nicht die Nachfrage. Die bleibt konstant. Das zusätzliche Verkaufsangebot erzeugt lediglich einen Umverteilungseffekt unter den Anbietern. Erweitert wird nur das Zeitangebot, das sich nicht erhöhende Geld für die Warenangebote auszugeben. Und das noch mit einem erhöhten Personalaufwand. Auch hier sind am Ende die anonymen, transnational agierenden Handelsketten natürlich die Gewinner. Ihrem Streben nach der Gewinnmaximierung wird das Kulturgut der Sonntagsruhe geopfert. „Das ist ein NoGo“, so Schneider mit dem Hinweis auf die Grundoption der Christlichen Sozialethik. Sie gibt als Maßstab den wirtschaftlichen Akteuren und Unternehmungen vor, dass nicht der Gewinn, sondern der Mensch im Mittelpunkt des Wirtschaftens steht. Die Person darf nicht zum Diener und Götzen des Marktes werden, sondern der Markt muss umgekehrt ihr dienen. Warum? Weil die Person hier verstanden wird als eine von Gott geschaffene Existenz. Ihr darf kein anderer Zweck übergeordnet werden.

„Verlierer gibt es viele mit der Sonntagsflatrate“, befürchtet der gesamte Vorstand der KAB der Erzdiözese Freiburg. Von den betroffenen Beschäftigten ist noch gar nicht geredet. Wenn alle sonntags arbeiten müssen, dann ist der gefühlte Einkaufswohlfühleffekt des Sonntagseinkaufs bald weg. Übrigens auch die Sonntagszulage in Geld. Die Schicht- oder Zeitzulagen sind dann überflüssig, so der KAB-Diözesanvorsitzende Peter Klement.

Schaut man über den schwäbischen Tellerrand mal hinaus, dann sieht man schnell, dass in Ländern, die die Sonntagsflatrate schon haben, gerade die Rückbesinnung auf einen gesellschaftlich für alle freien Tag wieder beginnt: und zwar von der jungen Generation. Ohne Rhythmus tagein tagaus den Wirtschaftsalltag zu leben, wie in England beispielsweise heute schon Standard, ist mühsam und hat mit Erleben wenig zu tun.

Aus diesen Gründen wehrt sich, wie übrigens auch eigene Parteifreunde und Bürgermeisterkollegen, die KAB gegen den Vorschlag Boris Palmers und wünscht der Stadt Tübingen weiterhin Zeit zur Beschaulichkeit, Muße und Neckarromantik, die sich am Sonntag bisher noch für Besucher und Einwohner gleichermaßen einstellt.